

## **A n t r a g**

**der Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP**

### **Mit dem Rad im Alltag unterwegs – klimafreundlich, flexibel und gesundheitsfördernd**

I. Der Landtag Rheinland-Pfalz stellt fest:

Ob als Verkehrsmittel auf den Weg zu Arbeit, Schule oder Ausbildung, für die Freizeit oder den Urlaub: Das Fahrrad liegt mehr denn je im Trend. Es steht für eine nachhaltige und moderne Mobilität, die unsere Umwelt entlastet und die eigene Fitness fördert.

Das Radwegenetz von Rheinland-Pfalz weist eine Gesamtlänge von rund 16 000 Kilometer auf. Allein 1 945 Kilometer sind im Zuge von klassifizierten Straßen ausgewiesen und werden durch ein dichtes Netz kommunaler und touristischer Radwege ergänzt. Hinzu kommen vor allem im ländlichen Raum Wirtschaftswege, die ebenfalls mitgenutzt werden können. Laut der letzten bundesweiten Mobilitätsstudie „Mobilität in Deutschland“ liegt der Radverkehrsanteil auf allen zurückgelegten Wegen (Modal Split) in Rheinland-Pfalz bei rund 8 Prozent. Für die erfolgreiche Mobilitätswende in unserem Land muss dieser Anteil wachsen.

Hohes Verlagerungspotenzial vom motorisierten Individualverkehr auf das Fahrrad besteht auf den kürzeren Strecken im Alltag. E-Bikes und Pedelecs erhöhen weitergehend den Radius des Rades und erschließen neue Zielgruppen. So wird Radfahren auch für Menschen auf mittellangen Strecken in ländlichen Räumen sowie bergigen Regionen beliebter.

Für eine erfolgreiche Förderung des Radverkehrs als Alltagsmobilität müssen Verkehrssicherheit und Radwegeausbau in den Mittelpunkt unseres Handelns gestellt werden. Denn: Menschen fahren vor allem dann mit dem Fahrrad, wenn sie sich sicher fühlen und den Radverkehr als komfortabel empfinden.

II. Der Landtag Rheinland-Pfalz begrüßt

- die Einrichtung von Radverkehrsteams bei jeder regionalen Dienststelle des Landesbetriebs Mobilität (LBM) und in der LBM-Zentrale in Koblenz;
- die Förderung von Kampagnen wie Stadtradeln oder Schulradeln, die auf Potenziale des Radverkehrs hinweisen;
- die Unterstützung der Landesregierung bei der Gründung der Arbeitsgemeinschaft für Fußgänger:innen- und Fahrradfreundliche Kommunen (AGFFK);
- die parallele Planung der Radverkehrsinfrastruktur beim Bau und Umbau von Landesstraßen;
- die Förderung von E-Lastenradverleihsystemen in Städten und Dörfern insbesondere im Rahmen der Positivliste des Kommunalen Investitionsprogramm Klimaschutz und Innovation (KIPKI);
- den Radverkehrs-Entwicklungsplan 2030 und die Umsetzung der Handlungsempfehlungen und Ziele für Land und Kommunen;

- die Förderung der Landesregierung für den Bau und Umbau von Verkehrsstationen wie Bahnhöfen zu multimodalen Mobilitäts-Hubs für einen sicheren Umstieg zwischen den Verkehrsmitteln;
- Die „Aktion Abbiegeassistent“ und die Förderprogramme des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr zur Aus- und Nachrüstung von Fahrzeugen über 3,5 Tonnen und Bussen mit Abbiegeassistenzsystemen zur erheblichen Verbesserung der Verkehrssicherheit von Fahrradfahrenden.

III. Der Landtag Rheinland-Pfalz fordert die Landesregierung auf,

- das Bewertungsverfahren für Radwege zur Festlegung von Vorhaben für den Investitionsplan zum Landesstraßenbauprogramm zugunsten des Radverkehrs weiterzuentwickeln, sodass Zielkriterien wie Lückenschlüsse, Verkehrssicherheit und die Alltagsmobilität stärker ins Gewicht fallen;
- in Kooperation mit der Arbeitsgemeinschaft für Fußgänger:innen- und Fahrradfreundliche Kommunen Qualitätsstandards und Musterlösungen zu erarbeiten, um die Qualität und die Einheitlichkeit der Geh- und Radwegeplanung in Rheinland-Pfalz zu verbessern;
- die von der Bundesregierung angestoßene Planungsbeschleunigung für straßenbegleitende Radwege an Bundesstraßen in Rheinland-Pfalz umzusetzen;
- die Realisierung der Pendler:innen-Radrouten konsequent voranzutreiben und gemäß Koalitionsvertrag bis spätestens zum Jahr 2026 in den Bau zu bringen, soweit die Mitwirkung der Kommunen vor Ort gegeben ist;
- ein System zur Erhebung von Radverkehrsdaten einzuführen und die gewonnenen Daten für die Radverkehrsplanung zu nutzen;
- ein Radsymposium durchzuführen;
- auf kommunaler Ebene angestoßene Pilotprojekte insbesondere zur Stärkung von Lückenschlüssen im Radwegenetz zu unterstützen;
- die Umsetzung von Pilotprojekten für Fahrrad-Schutzstreifen außerorts zu prüfen;
- das Dienstrad-Leasing für Landesbeamt:innen spätestens 2024 anzubieten;
- an Mitfahrer:innenparkplätzen für weitere Möglichkeiten zu sorgen, dass Räder sicher und witterungsgeschützt untergestellt werden können.

Für die Fraktion  
der SPD:  
Martin Haller

Für die Fraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:  
Carl-Bernhard von Heusinger

Für die Fraktion  
der FDP:  
Marco Weber